

SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DIE MASSLOSEN

ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

Presseausschuss, Postfach 1759, 3001 Bern, Tel 031/44 23 64

An die Redaktionen der
Medien der deutschen und
rätoromanischen Schweiz

Bern, 25. Juli 1984 V/AS/ibe

Sehr geehrte Damen und Herren

Bereits hat eine Anzahl gewichtiger Wirtschaftsorganisationen gegen die Atomverbots- und Energierationierungs-Initiative Stellung bezogen. Wir legen Ihnen eine entsprechende Uebersicht in unserem fünften Pressedienst bei.

Als unehrlich bezeichnet CVP-Nationalrat Hans Frei in seinem Beitrag die beiden Initiativen, die uns massive Energiesteuern bescheren und die für unsere Energieversorgung wichtige Kernenergie verbieten würden. Mit der politischen Einstellung und der Opposition gegen die Kernenergie befasst sich der zweite Artikel, während Dr. Roland Mori das energiepolitische Jein des Metall- und Uhrenarbeitnehmerverbandes (SMUV) unter die Lupe nimmt.

Wir danken Ihnen für Ihre Mitarbeit und hoffen, dass Sie unseren Pressedienst, der Ihnen selbstverständlich zur freien Verfügung steht, rege benützen können.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZ. AKTIONSKOMITEE
GEGEN DIE MASSLOSEN
ATOM- UND ENERGIEINITIATIVEN

A. Stadelmann
i.A. A. Stadelmann

Beilagen: 3 Artikel
Parolenspiegel

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Ein doppeltes NEIN ist nötig

Von CVP-Nationalrat Hans Frei (Romanshorn)

Die beiden Initiativtexte haben unehrliche Titel! Mit der Formulierung der Atominitiative "für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke" wird vorgegaukelt, es gehe nur um die Verhinderung neuer Kernkraftwerke. Dabei werden auch die in Betrieb stehenden Werke miteinbezogen; sie sollen nicht mehr ersetzt werden, wenn sie ausgedient haben, was ungefähr ab dem Jahr 2010 der Fall sein wird. Der Titel der Energieinitiative "für eine sichere, sparsame und umweltfreundliche Energieversorgung" ist vom Wortlaut her gesehen ebenfalls unehrlich. Der erste Absatz enthält nämlich folgende Zielsetzung: "Förderung der Lebensqualität bei möglichst geringem Energieeinsatz". Man will also grundsätzlich vorerst einmal zu einer Gesellschaftsform übergehen, die sich von den heutigen gesellschaftlichen Gegebenheiten unterscheidet. Man strebt eine tiefgreifende Änderung unserer heutigen Gesellschaftsstrukturen an, und zwar auf dem Umweg über eine Energieinitiative.

Wenn man feststellen muss, dass die Initianten es allein mit den sanften Energien (Sonnen- und Windenergie, Biogas, Holz und Abfälle, Wärmepumpen, Erdgas etc) versuchen wollen, möglichst nicht mit der Elektrizität und schon gar nicht mit der Kernenergie, dann ist der Energiemangel in unserem rohstoffarmen Land geradezu vorprogrammiert, es sei denn, man spekuliere letztlich doch auf den weiteren ungehemmten Oelfluss. Bei dieser Ausschliesslichkeit wagt man schon gar nicht an die Folgen einer neuen Oelkrise zu denken.

Nein zur Energie-Lenkungssteuer

Gegen eine Lenkungssteuer sind grundsätzliche Bedenken am Platze, zum andern wollen wir die wertvolle Initiative der Privatindustrie auf dem Energiesektor nicht lahm legen. Die benötigten Mittel sollen entsprechend den finanziellen Möglichkeiten aus dem allgemeinen Bundeshaushalt zur Verfügung gestellt werden, wie dies der Bundesrat bezüglich der Energieforschung beschlossen hat.

Die Initianten schlagen schliesslich vor: "Der Energiegrundbedarf pro Einwohner wird von der Abgabe befreit". Man müsste also vorerst mit grossem Verwaltungsaufwand Kriterien für den Grundbedarf festlegen. Das angestrebte Ziel steht in jedem Fall im Gegensatz zu einer Verbesserung der Lebensqualität, wie es die Energieinitiative verlangt.

Die Steuerlast würde nicht nur uns natürlichen Personen, sondern auch der Wirtschaft aufgebürdet. Daraus ergäbe sich eine Verteuerung der Produkte und der Dienstleistungen sowie eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit.

Beiden von der Energieinitiative vorgesehenen "finanziellen Anreizen für Energiesparmassnahmen, für Verbesserungen des Energiewirkungsgrades von Anlagen, Maschinen und Fahrzeugen, für verbesserte Nutzungstechniken sowie für die Erforschung, Entwicklung und Nutzung einheimischer, erneuerbaren Energiequellen handelt es sich um nichts anderes als um Streusubventionen nach dem Giesskannenprinzip für Energien, welche nie einen massgeblichen Anteil am Endverbrauch haben werden.

Kernenergie massvoll und kontrolliert nutzen

Bleiben wir bei der bisherigen Ordnung und schliessen wir bestimmte Energieträger nicht aus. Tragen wir Sorge dafür, dass auch in Zukunft die Energieversorgung getragen wird vom freien Zusammenwirken aller Gemeinwesen, der Wirtschaft und der Verbraucher. Wir sind mit dieser umfassenden Zusammenarbeit auch auf dem Energiesektor ausgezeichnet gefahren. Die Energiepolitik ist ein denkbar ungeeignetes Exerzierfeld für politische Turnübungen aller Art. Jeder Ausrutsch kann nämlich zu Schäden führen, die nicht wieder gut gemacht werden können.

Wer immer es bei den heutigen bewährten Gesellschafts- und Wirtschaftsformen bewenden lassen will, muss die beiden Zwillingsinitiativen zurückweisen. Dies auch deshalb, weil es vermessen ist, auf dem Verfassungsweg den kommenden Generationen den Weg zu einer umfassenden Nutzung aller zur Verfügung stehenden Energieressourcen zu verwehren, insbesondere die Kernenergie, die schliesslich in über vierzig Ländern friedlich genutzt wird und weitgehend auch aus Umweltschutzgründen im Vormarsch begriffen ist. Auch die Schweiz ist nach wie vor auf eine massvolle und kontrollierte Nutzung der Kernenergie angewiesen.

Im Interesse einer sicheren, ausreichenden und umweltgerechten Energieversorgung unseres Landes ist den Stimmberechtigten für den 23. September 1984 ein unmissverständliches doppeltes NEIN zu empfehlen.

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Politische Einstellung und Kernenergie

Besteht ein Zusammenhang? Die Frage erscheint naiv und die Antwort selbstverständlich, wenn man isoliert das politische Feld in der Schweiz betrachtet. Die Exponenten der schweizerischen Linksparteien, d.h. diejenigen, die in den Parteien tonangebend sind und ihre Meinung nach aussen vertreten, sind ausnahmslos Gegner der Kernenergie, gleichgültig, ob sie der SP, der POCH oder der PdA angehören. Man könnte meinen, die Zurückdrängung oder Abschaffung der Kernenergie sei wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Ideologie oder daraus abgeleiteter praktischer Forderungen wie etwa Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Reallöhne, Ausbau des Versicherungsschutzes, Verstaatlichung der Produktionsmittel oder mindestens stärkere Einflussnahme des Staates auf Produktionsmittel, Banken, etc.

Ein Blick über unsere Grenzen zeigt, dass das feste Band von Sozialismus und Gegnerschaft gegen Kernenergie keine weltweite Erscheinung, sondern weitgehend eine schweizerische Eigenheit ist. Aus welchem Land stammt der Widerstand gegen die Kernenergie? Eindeutig aus den USA. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass Amerika ein Land ist, in dem es nie eine sozialistische Bewegung von Bedeutung gegeben hat. Der Widerstand gegen die Kernenergie ist Teil der "Antizivilisationsbewegung", die dort vor ca. 20 Jahren begonnen

hat als Reaktion auf den technischen Vorsprung, den Amerika damals hatte, und aus teilweise berechtigten moralischen und materiellen Bedenken. Diese Bewegung überbordete mehr und mehr, und wie meist in solchen Fällen fand sich ein Bündnis von wohlmeinenden, z.T. ungenügend informierten Bürgern, Sensationsjournalisten und schlaunen Politikern, die daraus Nutzen zogen, ohne sich all zu sehr um das Wohl des Landes zu kümmern.

Betrachten wir als Gegenpol die UdSSR als Vormacht des "Realen Sozialismus". Kernenergie hat dort nichts mit Ideologie zu tun. Sie ist eine nützliche Sache, eine Selbstverständlichkeit. Mit Stolz erklärte ein Russe am Stand der Nuclex in Basel, dass bereits eine Stadt von ca. 500'000 Einwohnern ausschliesslich mit Kernenergie versorgt werde (Fernheizung + Elektrizität).

Betrachten wir ein paar demokratische Länder in Europa. Da ist etwa Finnland, mit starkem Gewicht der Linksparteien, das in der Nutzung der Kernenergie sehr weit ist. Um politisch sicher zu gehen, kaufte man das erste Kernkraftwerk in der Sowjetunion und weitere in Schweden. Dann Frankreich: Dort sind fast 50 Prozent der Elektrizitätserzeugung auf Kernenergie umgestellt, weil man sich darüber klar ist, dass Elektrizität gebraucht wird und Kraftwerke auf Basis Kohle, Erdöl und Erdgas heute überholt sind. Das war so unter Giscard, und das ist so unter Mitterrand, dessen Regierung aus Sozialisten und Kommunisten besteht.

Wir sehen: die Identifikation von linker Politik und Gegnerschaft gegen Kernenergie ist einer der vielen "Sonderfälle Schweiz". Nur eben: solche Sonderfälle Schweiz sind doch meist nicht gerade bei den Sozialisten zu suchen, die sonst immer Solidariät mit den Bruderparteien im Ausland suchen und international orientiert sind. Die USA zählen bei der SPS gewöhnlich nicht als Vorbild und auch mit der österreichischen Rechtsopposition, die Zwentendorf verhindert hat, hat man sonst nicht viel gemeinsam.

Wer sich in der Schweiz zur Linken zählt, sollte über diese Tatsachen nachdenken, bevor er in den kommenden Volksabstimmungen seine Stimme auf Grund eines jahrelangen Kesseltreibens in einer Richtung abgibt, die für die schweizerische Zukunft nicht gut ist. Ob rechts oder links: wir brauchen Elektrizität, und nach der fast völligen Nutzung der Wasserkräfte ist in der Schweiz wie anderswo die Kernenergie der einzig vernünftige Weg, sie zu erzeugen.

Anton Stadelmann

V/25.7.84

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Energiepolitisches Ja des SMUV

Ohne Kernenergie keine funktionierende Wirtschaft

Die (Fast-) Sensation des SMUV

Eine kleinere energiepolitische Sensation ist von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Da hat doch der Vorstand des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitnehmer-Verbandes (SMUV) die am 23. September zur Abstimmung gelangende Atominitiative abgelehnt, da er sich eine funktionierende schweizerische Wirtschaft ohne Kernenergie-Versorgung längerfristig nicht vorstellen könne, weil keine tauglichen Alternativen vorhanden seien. Zudem sei unsere Abhängigkeit von dem zu einem Drittel aus der Sowjetunion in die Schweiz importierten Erdöl nach wie vor gross - wir basieren nämlich heute zu 67 Prozent auf Erdöl und nur zu 20 Prozent auf Elektrizität.

Da hat also offensichtlich eines der gewichtigsten Glieder des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erkannt, welche Rolle der Strom in der Industrie und damit für die Sicherheit der Arbeitsplätze spielt. Der Stromverbrauch der Metallindustrie beträgt, im Vergleich zum Oel, Kohle, Gas usw., 80 Prozent; bei der Maschinenindustrie sind es immerhin noch 40 Prozent.

Um so erstaunlicher mutet unter diesen Umständen allerdings an, dass derselbe SMUV-Vorstand, der "keine tauglichen Alternativen" zur Kernenergie sieht, gleichzeitig ein Ja zur Energieinitiative beschlossen hat, deren Befürworter ja

./.

gerade behaupten, sie stelle diese Alternative dar. Haben diese Gewerkschaftspolitiker denn nicht erkannt, dass auch die Energieinitiative gegen den Strom und insbesondere gegen die Kernenergie gerichtet ist? Dieses Volksbegehren wendet sich gegen die "Grosstechnologie" und will sie durch "dezentrale" Anlagen, also vor allem öl- oder gasbetriebene Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen, ersetzen. Die Initiative setzt auf "landeseigene, erneuerbare" Energiequellen, also in erster Linie Wind, Sonne, Erdwärme; denn die Wasserkraft ist praktisch fertig genutzt. Vor allem die Uebergangsbestimmungen haben es in sich: sie verbieten bis zum Vorliegen des Ausführungsgesetzes - also während Jahren - jedes neue Kraftwerk über 35 Megawatt Leistung, was praktisch ein Moratorium durch die Hintertür bedeutet.

Da die Energieinitiative überdies aufgrund der vorgeschlagenen Steuer die Energieträger verteuern wird, ist eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und somit auch von da her eine Gefährdung der Arbeitsplätze in der Industrie zu erwarten. In diesem Lichte wäre die Parole "zweimal nein" zwar noch etwas sensationeller, dafür aber logisch und konsequent gewesen.

Roland Mori

V/25.7.84

Zur eidg. Volksabstimmung vom 23. September 1984:

Die Liste der doppelten NEIN-Parolen

(Stand: 20.7.1984)

Gesamtschweizerische Organisationen

Redressement National, Schweizerischer Gewerbeverband, Schweizerischer Bauernverband, Vereinigung des Schweizerischen Import- und Grosshandels, Schweizerische Erdölvereinigung, Schweizerischer Hauseigentümerverband, Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz, Schweizerischer Wasserwirtschaftsverband, Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften, Landesverband freier Schweizer Arbeiter,

Die NEIN-Parole zur Atomstopp-Initiative Nr. 2 hat ausserdem der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiter-Verband SMUV beschlossen.